

Kanada, die Vereinigten Staaten und die Wiedervereinigung Deutschlands

Plato, Alexander von

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Plato, A. v. (2013). Kanada, die Vereinigten Staaten und die Wiedervereinigung Deutschlands. *BIOS - Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen*, 26(2), 218-229. <https://doi.org/10.3224/bios.v26i2.19677>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Kanada, die Vereinigten Staaten und die Wiedervereinigung Deutschlands

Alexander von Plato

Zusammenfassung

Die durchaus unterschiedliche Politik der beiden nordamerikanischen Staaten zur Wiedervereinigung 1989/90 wird vorgestellt und miteinander verglichen, auch im Verhältnis zur sowjetischen Politik. Dabei geht es unter anderem um die Widersprüche zwischen der kanadischen Regierung und dem Auswärtigen Ausschuss des kanadischen Parlaments. Letzterer hätte eine neue europäische Sicherheitsstruktur statt Warschauer Vertrag und NATO unter Einschluss der Sowjetunion und der beiden Nordamerikanischen Staaten bevorzugt. Zugleich wird der Wert von Interviews mit hochrangigen Personen aus Politik und Opposition untersucht.

Vorbemerkung

Als ich begann, Politiker und Diplomaten zur Wiedervereinigung Deutschlands zu befragen, war ich sehr skeptisch. Diese Personen waren gewohnt, nahm ich nicht zu Unrecht an, mit Journalisten umzugehen und sie bewusst für die öffentliche Darstellung ihrer Politik oder ihrer eigenen Rolle zu nutzen. Oder sie fühlten sich qua Beruf – zumindest Diplomaten – zur Vorsicht verpflichtet, was die Weitergabe von Informationen, die Beurteilung von Politikern oder einer bestimmten Politik betrifft. Überdies würden sich die meisten Politiker und Diplomaten¹ nur in einem Experteninterview zu politischen Fragen befragen lassen, wären aber wohl kaum bereit zu langen lebensgeschichtlichen Interviews, in denen meiner Erfahrung nach Widersprüche, Selbstlegitimationen oder Verschweigensversuche deutlicher werden. Alle diese Annahmen waren natürlich nicht falsch, aber sie waren, wie sich herausstellen sollte, nicht die ganze Wahrheit.

Dieser Artikel beruht auf Forschungen zur Wiedervereinigung; dafür befragte ich seit 1999 – parallel zur Durchsicht der einschlägigen Akten – über einhundert hohe Politiker der in den Prozess der Wiedervereinigung involvierten Länder, darunter auch US-amerikanische, sowie Angehörige von oppositionellen Gruppen in der DDR. In den Jahren 2012 bis 2014 führte ich zusammen mit Studierenden der Universität von Winnipeg (Kanada) Forschungen über die kanadische Politik zur Wiedervereinigung durch (Brglez/von Plato et al. 2015). Letztere beruhen auf Akten des *Federal*

¹ Ich benutze die männliche Form, vor allem deshalb, weil es sich hier um männlich dominierte Gruppen handelt; wenn dennoch eine Frau befragt wurde, wie im Falle Condoleezza Rice, wird dies deutlich gemacht.

Archive in Ottawa und auf elf Interviews mit führenden kanadischen Diplomaten und Politikern.

Nordamerikanische Politik im Kalten Krieg

Sowohl die Literatur als auch die Interviews sowie die Akten zeigen: Während der 1950er und 1960er Jahre stand die kanadische Regierung an der Seite der NATO und der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Die 1970er- und die frühen 1980er-Jahre jedoch waren nicht die besten in der Geschichte der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada. Es gab grundlegende Differenzen zwischen den Regierungen und insbesondere zwischen den Regierungschefs. Der kanadische Premierminister Pierre Trudeau unterstützte nicht die Politik des Kalten Krieges der USA, speziell nicht jene unter Präsident Ronald Reagan, ebenso wenig wie die der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Mit Frankreich gab es Spannungen wegen der Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung in Quebec durch Präsident de Gaulle.² Obwohl Kanada ein langjähriges Mitglied der NATO war, kritisierte die Regierung Trudeau die Aufrüstungspolitik Reagans, insbesondere die nukleare Aufrüstung, und versuchte gleichzeitig, die Spannungen zwischen Ost und West, vornehmlich gegenüber der Sowjetunion und China, zu reduzieren (Kshyk 2015, Spence 2015, Zalewski/von Plato 2015). Trudeau nannte seine Politik „Friedensinitiative“. Er hatte die Beziehungen zu China normalisiert, noch bevor die USA dies taten.

Trudeaus Regierung verfolgte damit eine Entspannungspolitik ähnlich der des schwedischen Regierungschefs Olof Palme oder des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt. Es gab allerdings einen fundamentalen Unterschied zwischen der deutschen und der kanadischen Entspannungspolitik: Die deutsche Entspannungspolitik hatte nicht nur das Ziel, die Spannungen zwischen Ost und West abzubauen, sondern auch das Ziel, die deutsche Frage zu lösen. Sie hoffte, durch die Reduktion der Konflikte mit der Sowjetunion auch die Auseinanderentwicklung zwischen den beiden Teilen Deutschlands aufzuhalten und bessere Bedingungen für eine Vereinigung zu erreichen (der Slogan lautete „Annäherung durch Wandel“). Demgegenüber war für die US-amerikanische Diplomatie das hauptsächliche Ziel, die Sowjetunion in ihrem Einfluss in der Welt und besonders in Europa zu beschränken – in dieser Politik der USA bekam die Wiedervereinigung allerdings eine besondere Bedeutung.

Trudeaus Regierung verbesserte nicht nur die kanadischen Beziehungen zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China, sondern auch zu Staaten der Dritten Welt bzw. zu Staaten, die sich als unabhängige zusammengeschlossen hatten, so auch Kuba unter Fidel Castro. Der kanadische Premierminister besuchte Kuba im Jahr 1976 (Wright 2007), und Castro und Trudeau sollen wirkliche Freunde geworden sein (Castro flog auch zur Beerdigung von Trudeau nach Kanada im Jahr 2000). Die USA dagegen versuchten seit 1961, Kuba durch ein restriktives und weitgehendes Embargo in ein ökonomisches Desaster zu treiben. Trudeau opponierte gegen diese Politik.

Die meisten kanadischen Diplomaten, die von Studierenden und mir zwischen 2012 und 2014 befragt wurden, klagten darüber, dass die USA die kanadischen

2 Frankreich unterstützte die frankophone Bewegung für ein unabhängiges Quebec. Präsident de Gaulle musste seinen Aufenthalt in Kanada 1967 abbrechen, nachdem er seine berühmten Worte in die demonstrierende Menge gerufen hatte: „Vive le Québec libre!“ Vgl. Kotowicz/von Plato 2015: 89 ff.

Regierungen als kleinere Brüder behandelt hätten, welche die amerikanische Politik gegen die Sowjetunion zu unterstützen hätten. Aber manchmal verließ der kleine Bruder diese gemeinsame Linie und störte die US-Politik. Einige Befragte betonten, dass es zwischen der US-amerikanischen und der kanadischen Diplomatie immer einen Kampf um die Anerkennung des kanadischen Einflusses in globalen Angelegenheiten gegeben habe. Einer dieser Interviewpartner ist Robert Fowler, ein hoher Diplomat, der unter verschiedenen kanadischen Regierungen von Pierre Trudeau bis Jean Chrétien diente und zeitweilig stellvertretender Verteidigungsminister war. Ihm zufolge wurde Kanada von den US-Amerikanern in die Rolle eines Zuschauers der Weltpolitik gedrängt. Seiner Meinung nach hat Kanada selbst zu wenig getan, um sich in der Weltpolitik ins Spiel zu bringen. Das habe bereits mit den Verhandlungen am Ende und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen. Kanada sei von diesen Verhandlungen in Teheran, Jalta und Potsdam ausgeschlossen worden, obwohl es ein wichtiger Verbündeter war und Tausende von Soldaten im Zweiten Weltkrieg verloren hatte. Als 1945 die UN-Charta geschrieben wurde, warb Kanada für Frankreich als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates und nicht für sich. Eine andere Geschichte betraf die Mitgliedschaft Kanadas bei den G7-Treffen. Die kanadische Regierung war tief verärgert, als sie nicht zum ersten G7-Treffen eingeladen worden war, woraufhin sie sich bei Präsident Ford direkt beschwerte. Das wirkte: Kanada wurde G7-Mitglied (vgl. Interview: Bob Fowler).

Im Mai 1979 verloren die Liberalen unter Pierre Trudeau die Wahlen zum kanadischen Parlament, und Joe Clark, Führer der *Progressive Conservative Party*, wurde Premierminister. Aber nur sieben Monate später verlor Clark sein Amt durch ein Misstrauensvotum. Nach den Bundeswahlen im Februar 1980 kehrte Trudeau als Premierminister zurück bis zu den Wahlen 1984, als seine Liberalen von den Progressiv-Konservativen deutlich geschlagen wurden – dieses Mal unter Brian Mulroney, der dann auch Premierminister wurde.

Etwas früher – im Jahr 1981 – hatten Ronald Reagan und die Republikaner die Wahlen in den USA gewonnen. Er und sein Nachfolger im Präsidentenamt, George Bush senior, pflegten wesentlich bessere Beziehungen zu Mulroney, der die Wahlen vor allem wegen seiner programmatischen Aussagen über eine Verbesserung der kanadischen Beziehungen zu den USA gewonnen hatte. Das Hauptergebnis dieser neuen Beziehungen war die Schaffung eines *North American Free Trade Agreement* (NAFTA) und die *Goods and Services Tax*. Kanada soll dafür gesorgt haben, dass auch Mexiko in das NAFTA einbezogen wurde (Cameron/Tomlin 2000).

Wie einige unserer Interviewpartner betonten, hatten kanadische Diplomaten die US-Amerikaner zu ermutigen versucht, sich bei dem Gipfel mit Gorbatschow 1986 in Reykjavik enger mit der sowjetischen Führung zusammenzuschließen. Reagan verfolgte jedoch ganz im Gegensatz zu der kanadischen Diplomatie weiterhin seine scharfe Aufrüstungspolitik, sogar noch kurz vor Reykjavik.

Robert Fowler meinte, Reagan habe die *Peace Initiative* von Trudeau als inkonsequent und inkonsistent abgelehnt. Aber nur „18 Monate später (in Reykjavik), sagte Reagan Dinge, die der *Peace Initiative* sehr ähnlich waren (...) Ich hatte das Gefühl, dass die Amerikaner immer an erster Stelle sein wollten, um zu zeigen, dass sie die Weltpolitik ändern und nicht die Kanadier.“ Es schien Fowler, als ob sich die Amerikaner den Kanadiern in allen Belangen der internationalen Politik überlegen fühlten. Fowler erklärte, dass der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl über Trudeaus *Peace*

Initiative“ ebenso wie Reagan gedacht und von den „albernen kleinen Kanadiern“ gesprochen habe (Interview: Bob Fowler).

Die Wiedervereinigungspolitik der USA unter George Bush senior

Die Regierung der Vereinigten Staaten unter Präsident Bush hatte eine klare und durchgängige Strategie zur Wiedervereinigung Deutschlands. Ihr Ausgangspunkt war – so der Sicherheitschef Bushs, Brent Scowcroft³ –, den wachsenden Einfluss der Sowjetunion unter dem Generalsekretär Michail S. Gorbatschow in Europa zurückdrängen (Interview: Brent Scowcroft). Man wollte – um die neue Strategie grob zusammenzufassen – Gorbatschows populäre Idee eines „Europäischen Hauses“ beim Wort nehmen, aber in Erweiterung der Idee Gorbatschows ein Europa bauen, in dem sich jeder „frei von Raum zu Raum bewegen“ kann. Das heißt: ein Europa ohne die Grenze des Kalten Krieges durch Deutschland und in Berlin; ohne die Diktaturen oder undemokratischen Beschränkungen in Ostmittel- und Osteuropa. Die Bundesrepublik Deutschland sollte *partner in leadership* werden – eine Rolle, die bis dahin Großbritannien eingenommen hatte. Die neue Strategie wurde von Bush bereits auf dem NATO-Treffen zum 40. Jubiläum dieses Bündnisses Ende Mai 1989 in Brüssel und wenige Tage später in Bonn bzw. in der Mainzer Rheingoldhalle vorgestellt. Bush sagte dort, Ziel des Westens sei es gewesen, „ein ungeteiltes und freies Europa zu schaffen (...) Für die Gründerväter des Bündnisses [der NATO] war diese Hoffnung ein ferner Traum. Jetzt ist diese Hoffnung die neue Aufgabe der NATO (...) Der Kalte Krieg begann mit der Teilung Europas. Er kann nur beendet werden, wenn die Teilung Europas aufgehoben wird.“ In Berlin müsse der Anfang gemacht werden (Zelikow/Rice 1997: 67; von Plato 2009: 22.).

Um diese Politik durchsetzen zu können, sollte die NATO als einziger politischer Anker der USA in Europa – in der KSZE war der Einfluss der Länder unter sowjetischer Hegemonie zu groß – einen politischeren Charakter bekommen (Interview: Condoleeza Rice). Kurz zusammengefasst besagte das Programm: Wiedervereinigung ja, aber (1) friedlich und Schritt für Schritt, (2) bei Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, (3) in Selbstbestimmung und (4) unter dem Dach der NATO.

Bush nahm diese vier Punkte in Washington Ende November 1989 wieder auf, einen Tag nach Kohls Zehn-Punkte-Plan vom 28. November. Einige Tage später wiederholte er sie in Brüssel. Damit unterstützte und ergänzte er Kohls „Zehn Punkte“, um nicht von einer Korrektur zu sprechen, denn Kohl hatte die Grenzen, insbesondere zu Polen, ebenso wenig wie die NATO erwähnt. Ersteres sollte ihm noch viel Kritik einbringen und die Polen verärgern; die NATO nicht anzusprechen, dürfte der Sorge entsprungen sein, Gorbatschow zu überfordern. Aber auch so war Gorbatschows Reaktion auf die „Zehn Punkte“ wie die der meisten europäischen Regierungen negativ. Außenminister Genscher sollte das am 5. Dezember 1989 bei seinem Besuch in Moskau zu spüren bekommen, als Gorbatschow und der sowjetische Außenminister Kohl scharf kritisierten („Nicht einmal Hitler hätte sich das erlaubt!“, so Schewardnadse) (von Plato 2009: 125 ff.; Interview: Hans-Dietrich Genscher).

³ General Scowcroft und sein Mitarbeiter Bob Zoellick waren wesentlich an der Ausarbeitung und Durchsetzung der Strategie zur Wiedervereinigung Deutschlands beteiligt. Siehe dazu auch von Plato 2009: 21.

Die Wiedervereinigung war das Hauptziel der Politik Kohls, und zwar in Bindung an den Westen, jedenfalls nicht in Neutralität, während die Deutschlandpolitik der Regierung unter Bush senior eingebettet war in eine Politik der Zurückdrängung des Einflusses der Sowjetunion in Europa und eine Stärkung der Rolle, auch der politischen Rolle der NATO. Für die historische Situation 1989/1990 fielen die Interessen der USA unter Bush und die Deutschlands unter Kohl zusammen; beider Politik setzte sich in ihrem Sinn durch.

Kanadas Rolle(n) 1989–1995

Unterstützung Bushs und Kohls durch die kanadische Regierung

Welche Rolle spielte Kanada in der politischen Entwicklung hin zur Wiedervereinigung und zur Erweiterung der NATO? Auf den ersten Blick, wenn man nur auf die Regierungsebene schaut, gehörte Kanada zu den durchgängigen Unterstützern der Politik Bushs und Kohls. Der deutsche Bundeskanzler hat den kanadischen Premier Mulroney als einen der „zuverlässigsten Freunde“ bezeichnet. Das berichtete der kanadische Diplomat und Politologe Paul Heinbecker unter anderem im Interview mit Karen Brglez, Chris Clements und mir am 21. Januar 2013 in Ottawa. Auch der kanadische Außenminister Clark vertrat diese Politik.

Auf den zweiten Blick, vor allem nach Gesprächen mit kanadischen Diplomaten und nach der Lektüre einschlägiger Dokumente des Auswärtigen Ausschusses des kanadischen Parlaments, ergeben sich einige Differenzierungen.

Diplomatische Blicke

Der Diplomat John Noble war einer der Hauptorganisatoren der *Open Skies Conference* in Ottawa im Februar 1990, auf der der Zwei-plus-Vier-Prozess mit den Verhandlungen über die äußeren Bedingungen der Wiedervereinigung Deutschlands in Gang gesetzt wurde. Noble überbrachte auch die ersten Willkommensgrüße, da sich Premier Mulroney verspätete. Wir fragten Noble und andere kanadische Diplomaten, ob Kanada, das nicht unmittelbar an den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen beteiligt war, dort eine stärkere Rolle hätte spielen sollen und können. Die Außenminister von Italien und den Niederlanden hatten sich in Ottawa gegen den „exklusiven Klub“ ausgesprochen und wollten mehr Beteiligung der anderen europäischen Länder, da die Vereinigung Deutschlands eine Sache sei, die ganz Europa angehe. Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher sprach sich ziemlich harsch dagegen aus: „You are out of the game!“⁴ (von Plato 2009, 125 ff.; Interview Hans-Dietrich Genscher 2001)

Die kanadische Regierung, die sich zuvor als Sprecher der „Mittelmächte“ gesehen hatte, ließ es dabei ebenso wie die italienische oder holländische. John Noble:

4 Diese Äußerung ist vielfach überliefert worden, z. B. von James Baker (1996) und Hans-Dietrich Genscher (1995) in ihren Memoiren oder auch in den Interviews mit mir. Baker betonte in diesem Gespräch, dass er sehr beeindruckt war von Genschers smartem Auftreten. Siehe dazu von Plato 2009: 282 ff. Auch Paul Heinbecker (2010) spielt darauf mit seinem Buchtitel *Getting back in the Game* an.

Well, well, I don't think we tried very hard. Joe Clark was not that interested in Europe. Up until the time I took over as Director General of International Security he had a tendency to avoid NATO meetings (Interview: John Noble).

Noble berichtete, dass es verschiedene Ansichten über die Rolle Kanadas in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gegeben habe, aber Außenminister Clark sei nicht wirklich an europäischen (!) Fragen interessiert gewesen. Er – Noble – glaube jedoch nicht, dass Kanada eine gewichtigere Rolle im Zwei-plus-Vier-Prozess hätte spielen können (Interview: John Noble). Fowler erklärte demgegenüber, es sei eine „Schande, dass Kanada nur die Rolle eines *housekeepers*“ gespielt habe (Interview: Bob Fowler).

Kanada sah sich selbst als eine „Mittelmacht“, hatte Truppen in Deutschland (auch noch 1989), gehörte zu den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, war Mitglied der NATO und war über alle Arktisfragen⁵ mit den strategischen Problemen der NATO-Staaten verbunden. So erklärten die Mitglieder einer kanadisch-parlamentarischen Besuchsgruppe des Auswärtigen Ausschusses des kanadischen *House of Commons*, an der auch mehrere unserer Interviewpartner teilnahmen:

Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Information, die wir während unseres Besuches in der Sowjetunion (im Frühjahr 1990) über die Verlegung der Atomwaffenversuche hörten, schockten uns tief und erinnerten uns an unsere geografischen und umweltpolitischen Verflechtungen.⁶

Auf diesen Bericht der Besuchergruppe des Auswärtigen Ausschusses machte uns der Interviewpartner Bill Blaikie aufmerksam, der bis heute Ansichten vertritt, die in diesem Text 1990 vertreten worden waren (Interview: Bill Blaikie). Im Federal Archive in Ottawa hatte man uns diesen Bericht nicht geben können, aber Blaikie hatte selbst noch ein Exemplar.⁷

Bill Blaikie war Mitglied des *House of Commons* und führend in der *New Democratic Party* sowie Minister in Manitoba. Er hatte eine Reihe von Reden im Parlament gegen die Politik von Bundeskanzler Kohl wegen dessen Haltung in der Frage der polnisch-deutschen Grenze gehalten. Zusammen mit seinem Parlamentskollegen Jesse Flis legte Blaikie 1990 dem Parlament Petitionen zugunsten der bestehenden Oder-Neiße-Linie und gegen Kohl vor, der die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze auf die erste Sitzung des gesamtdeutschen Parlaments verschieben wollte.⁸ Deutschland solle diese existierende Grenze sofort anerkennen. Blaikie pflegte enge Beziehungen zu dem *Polish Canadian Congress*, der einflussreichen Organisation der polnischen Einwanderer nach Kanada.

5 Kanada führte mit der Sowjetunion (und den USA) Verhandlungen unter anderem über Einflussphären rund um die Arktis, über nördliche Seewege und Zugänge sowie über die Nutzung der Arktis auch als nukleares Übungs- und Entsorgungsfeld.

6 Report of the Committee's Visit to the Soviet Union and the Germanies, April 20 – May 5, 1990, edited by the Standing Committee on External Affairs and International Trade in June 1990, 2 f. (zukünftig „Report“).

7 Es passiert nicht selten in Oral-History-Arbeiten, dass wir von unseren Interviewpartnern ansonsten nicht mehr zugängliches Material erhalten.

8 Canada. House of Commons. (Hansard) 34th Parliament, w session, June 27, 1990, 2.

Die Haltung des Auswärtigen Ausschusses des kanadischen Parlaments

Im Frühjahr 1990, vom 20. April bis zum 5. Mai, also kurz nach der Wahl zur DDR-Volkskammer vom 18. März 1990, besuchten Mitglieder des *House of Commons* und des *Standing Committee on External Affairs and International Trade* die Sowjetunion und die beiden Deutschlands. Es waren führende Mitglieder des Parlaments aus unterschiedlichen Parteien, Bill Blaikie eingeschlossen. Sie schrieben einen Bericht, den man als eine Gegenposition zur Haltung der Regierung bezeichnen kann.

Zu Beginn schreiben die Autoren noch vorsichtig im Abschnitt „Germany and NATO“:

There was a fairly general agreement among the Germans we met that a united Germany should be a member of NATO, at least for a transitional period. The basic arguments are, first, that given its twentieth century history, a neutral Germany is in no one's interest; and, second, that in this period of rapid change it is essential not to upset the stabilizing influence of NATO. (Report: 2)

Diese grundlegenden Bemerkungen entsprachen den Positionen der meisten NATO-Staaten; aber dann folgen Ausführungen, die den offiziellen Haltungen der NATO widersprechen:

At the same time, many Germans, in both the GDR and the FRG and at various points on the political spectrum, insisted that unification must occur as part of a process of creating a pan-European security system. (Ebenda, Hervorhebungen AvP)

Die Autoren des Reports zitieren beispielsweise Hans-Jürgen Misselwitz vom Außenministerium der DDR (Staatssekretär unter dem Außenminister Markus Meckel bzw. dem Ministerpräsidenten Lothar de Maizière):

In general, they [the Soviets – AvP] are very supportive of the wider European approach to security, but they have no idea how to do it. The West should give them constructive ideas, to help the Soviets feel at home. They know that the old system does not work. They are on the losing side, but the West should give them the chance not to feel like losers. (Ebenda)

Misselwitz bestätigte diese Aussagen im Gespräch mit mir am 6. Juni 2014. Die Autoren des Report erwähnen, dass zwei Konzessionen an die sowjetischen Sicherheitsinteressen erlaubt sein sollten: Keine NATO-Truppen sollten dort, wo jetzt ostdeutscher Boden sei, stationiert werden. Die 350.000 sowjetischen Soldaten sollten für eine Übergangsperiode stationiert bleiben, denn die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg habe einen starken Einfluss auf das russische Denken über eine deutsche Wiedervereinigung, wenn nicht sogar den entscheidenden Einfluss.

The real Soviet fear, we suspect, is that the settlement of the German question could have the effect, or be interpreted as having the effect, of excluding the Soviet Union from Europe. Mr. Gorbachev's central foreign objective, de-

clared in his book *Perestroika* and repeated endlessly since, is to bring the Soviet Union into Europe and the wider world community *as quickly and completely as possible*. (Ebenda, Hervorhebung AvP)

Selbstverständlich war den Parlamentariern damals bewusst, dass „das Ziel eines vereinten Deutschlands in der NATO eine kontroverse Angelegenheit“ war, wie Bill Blaikie berichtet. Daher diskutierten sie verschiedene strategische Varianten:

- *A neutral Germany (which is in no one's interest – see above).*
- *A special status like France. But this approach is really only a variant of a neutral Germany and leaves the question of the country's security regime up in the air.*
- *Gorbachev's consideration for Germany's membership in both alliances (including all members of NATO and the Warsaw Treaty).*

Aber:

(...) the question of Germany in NATO is more than the last great item of repair work of the cold war. Instead it is the first great item in building a new cooperative security system for Europe.

Und:

We think the impasse over the relationship between a united Germany and NATO will only be resolved by the West wholeheartedly embracing the Soviet Unions' long term goal of participation leading to full membership in the European Community. (Report: 28)

Die Autoren des Report fügen hinzu:

Even if the alliances continue to demonstrate their recent capacity for new thinking, we should start building alternative structures of cooperative security that will, in all likelihood, eventually replace the alliances. This is where the Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE) comes into play. (Report: 30)

Der letzte Absatz zu diesem Punkt „Wiedervereinigung Deutschlands und die NATO“ lautet:

In light of the foregoing, we would ask how the CSCE might best be developed as a creative and flexible institution for building confidence between the alliances and, at the same time, constructing new pan-European security arrangements. We would ask whether, in addition to having a Council of Foreign Ministers, the CSCE would be strengthened by having a parliamentary wing, such as might be provided by linking to the Council of Europe? (Report: 31)

Obwohl die Autoren des *Report of the Standing Committee* wussten, dass Kanada „only little or no say“ (21) in den internationalen Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands hätten, waren sie sich sicher, dass die

*(...) transition years should have, as an underlying objective, the uniting of Europe, with the Soviet Union and Eastern Europe occupying one end of the European home and Canada and the United States the other. (Report: 4, Hervorhebung AvP)*⁹

Offensichtlich waren diese Schlussfolgerungen nicht die der kanadischen Regierung unter Mulroney und Clark geschweige denn der Bush-Administration oder die des Bundeskanzlers Kohl und seines Außenministers Genscher.¹⁰ Wie beschrieben, war ein vereintes Deutschland in der NATO das Ziel der westlichen Verhandlungsführer und das Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, besonders auf dem Gipfeltreffen Gorbatschows bei Bush in Washington Anfang Juni 1990.

Die Mitglieder des *Standing Committee for Foreign Affairs and International Trade* waren keine Nobodys – sie spielten eine bedeutsame Rolle in der kanadischen Politik und Diplomatie. Blaikie erklärte im Interview, dass es allerdings nicht ungewöhnlich gewesen sei, dass der Auswärtige Ausschuss andere Positionen als die Regierung einnahm; er halte die damaligen hauptsächlichen Ansichten des Ausschusses nach wie vor für richtig, auch und gerade im Jahr 2013.

Das trifft für die meisten konservativen Mitglieder der parlamentarischen Besuchsgruppe nicht zu. Auch unser Interviewpartner Paul Heinbecker, der als Diplomat und Redenschreiber für Mulroney zuvor unter Trudeau und etwas später unter Außenminister Lloyd Axworthy gedient hatte, qualifizierte die im Report geäußerten Ansichten als *pipe dreams*. Seine Argumente sind schwerwiegend:

What do the Poles think? What do the Czech's think? And they were much less concerned, in my judgement at least, what it meant for Russia, then what it meant for themselves. They wanted to be on the inside, looking out. And they had plenty of good reasons for that (...) You couldn't, you couldn't afford them the protection they wanted, in an organization that included Russia with a decision making veto. That would be, that would have been my judgment, that would be my judgment now. I don't think that these two things were reconcilable including Russia giving protection to the Poland, the Baltic States and the others, because Russia resp. the Soviet Union have an imperialistic history. (Interview: Paul Heinbecker)

In der Tat, die kanadische Regierung und die meisten Konservativen würden dieser Argumentation zugestimmt haben. Die konservativen Mitglieder der parlamentari-

9 Hier wird besonders deutlich, dass ein neues Sicherheitsbündnis sowohl die Staaten Nordamerikas als auch die Sowjetunion und ihre früheren Vasallen einbeziehen sollte.

10 Aber der Report erwähnt, dass Clark manchmal ähnliche Überlegungen geäußert habe, beispielsweise wenn er sagt: „(...) the Alliance should turn outwards to embrace its old adversaries and new friends“ (Report: 29). Meiner Ansicht nach hatte auch Genscher die Hoffnung, die Sowjetunion in europäische Angelegenheiten zu integrieren. Jedenfalls betrachtete er einen möglichen Ausschluss der Sowjetunion und dann der Russischen Föderation aus Europa mit Sorge.

schen Besuchsgruppe in der Sowjetunion und in den beiden Deutschlands erwähnten ihre früheren Ansichten heute auch nicht mehr, als ob sie ihnen peinlich geworden wären. Ein Grund dafür könnte sein: Unmittelbar nach ihrem Besuch bzw. dem Erscheinen ihres Berichts fand das Gipfeltreffen zwischen Bush und Gorbatschow in Washington statt. Danach dürften ihnen ihre vorherigen Ansichten unangenehm geworden sein, denn dort hatte Gorbatschow seine Zustimmung dafür gegeben, dass die Deutschen ihre Militärallianz selber wählen können, was damals hieß: Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO. Damit wurden die Ansichten des Besuchsteams obsolet. Derselbe Gorbatschow gab diese Zustimmung, der nach einigen Schwankungen von Ende März bis Ende Mai 1990 selbst ein europäisches Sicherheitssystem gefordert hatte, das die Staaten Nordamerikas und die Sowjetunion einschließen sollte.

Dennoch blieb das strategische Problem des Zurückdrängens der Sowjetunion bzw. Russlands aus Europa ungelöst. Die damit verbundenen Gefahren sind virulent, und zwar nicht nur für Europa, sondern auch für die USA und Kanada.

Die Ausdehnung der NATO nach Osten

Seit dem Ende der 1990er-Jahre hat sich die NATO nach Osten ausgedehnt – anders als dies im *Report des Standing Committees* erhofft worden war. Staaten in Mittelost- und Osteuropa, die in den Jahrzehnten zuvor unter sowjetischer Hegemonie gestanden hatten, wollten sich der NATO anschließen und konnten sich der Zustimmung besonders der US-amerikanischen und der britischen Regierungen sicher sein. Die Allianz hat inzwischen die Grenzen Weißrusslands, der Ukraine und Russlands erreicht. Damit wurde das Versprechen Bakers am 9. Januar 1990 in seinen Verhandlungen mit Gorbatschow in Moskau, die NATO werde sich mit der Wiedervereinigung Deutschlands nicht einen Zoll nach Osten ausdehnen – milde ausgedrückt – nicht eingehalten. Führende russische Politiker von damals sprechen von einem Bruch der „Garantie“ Bakers, obwohl Gorbatschow es versäumt hatte, diese in eine völkerrechtlich verbindliche Form zu bringen. Für die russische Seite bedeutet(e) diese Ausdehnung der NATO eine Bedrohung (von Plato 2009: 236 ff.).

Der frühere kanadische Außenminister Lloyd Axworthy äußerte sich ähnlich wie Fowler, Blaikie und andere kanadische Diplomaten und Politiker: Die schnelle Ausdehnung der NATO berge Gefahren oder sei sogar ein politischer Fehler, weil wir nun einen „neuen kleineren Kalten Krieg“ haben (Axworthy sagte dies vor der Ukraine-Krise mit ihren „heißen“ kriegerischen Elementen). Er war in den 1980er Jahren ein sehr junger Minister, Mitglied des *Standing Committee* und der parlamentarischen Besuchsgruppe im Frühjahr 1990 und von 1996 bis 2000 Außenminister von Kanada. Sein Premierminister, Jean Chrétien, begrüßte ebenso wie die polnischen und ukrainischen Immigrantensorganisationen in Kanada (und in den Vereinigten Staaten) die Ausdehnung der NATO und glaubte, dass es keine Chancen für eine Alternative gegeben habe, weil gegen diese Immigrantensverbände in Kanada kaum Politik zu machen sei (Interview: Lloyd Axworthy).¹¹

Auch Paul Heinbecker, der die Ansichten in dem Report als *pipe dreams* bezeichnet hatte, hält weitergehende Versuche, die Sowjetunion und später Russland in Euro-

¹¹ 1997 wurde Lloyd Axworthy aufgrund seines Engagements gegen Landminen für den Nobelpreis nominiert (siehe dazu Axworthy 2003).

pa oder sogar in einem neuen europäischen Sicherheitssystem einzubinden, wie erwähnt, für unrealistisch:

Heute ist allerdings zu fragen, ob das Zurückdrängen Russlands aus Europa und die Ausdehnung der NATO nicht die Chance verspielten, die Russische Föderation in Europa einzubinden und an militärischen Einsätzen im Kaukasus und in der Ukraine mit der Annexion der Krim zu hindern. Die feindliche Stimmung gegen den Westen in Russland, die Putin für seine großrussische und demokratiefeindliche Politik nutzt, hat sicher eine ihrer Ursachen, wenn nicht die entscheidende, in der Ausdehnung der NATO. Aber dagegen standen – wie Heinbecker sagte – die Sicherheitsinteressen der mittelosteuropäischen Staaten. Die Frage, ob nicht auch deren längerfristige Sicherheitsinteressen durch eine Einbindung der Sowjetunion in Europa besser erfüllt werden würden, bleibt bestehen.

Schlussbemerkung

Zurück zu der Anfangsfrage: Haben die Experteninterviews mit hohen Politikern und Diplomaten mehr gebracht, als meine anfängliche Skepsis vermuten ließ? Die Antwort ist ziemlich klar: Ja, sie haben etwas gebracht, auch wenn sich die Befragten aus diesem Feld selbst zu inszenieren wussten. Wir haben neue Dokumente bekommen, wir haben von Widersprüchen innerhalb bestimmter Regierungen, von Einschätzungen anderer Politiker und etwas über deren Beziehungen untereinander gehört. Und als Wichtigstes: Wir haben von den Alternativen etwas mitbekommen, die vor den dann endgültigen Entscheidungen diskutiert wurden, die sich aber heute als fragwürdig herausstellen – wie in der Frage der Ablehnung einer neuen Sicherheitsarchitektur anstelle von NATO und Warschauer Pakt. Wir sehen heute, Jahrzehnte später, dass es noch nicht ausgemacht ist, ob diese damaligen Entscheidungen neue Konflikte heraufbeschworen haben, die damals weitsichtige Politiker bereits befürchteten, denen aber ihre Alternativen peinlich wurden, als sie obsolet schienen, so dass sie sie zu verschweigen suchten. Nur dann, wenn wir solche verlorenen Alternativen herausarbeiten, können wir Geschichte nicht allein als das nur so und nicht anders möglich Gewordene beschreiben, sondern als Produkt von Interessen und Faktoren, die andere Alternativen als das Gewordene unterdrückten – mit positiven oder negativen Folgen für das spätere Heute.

LITERATUR

- Axworthy, Lloyd (2003): *Navigating A New World: Canada's Global Future*. Knopf Canada, Toronto.
- Baker, James (1996): *Drei Jahre, die die Welt verändern*, Berlin.
- Brglez, Karen, Alexander von Plato et al. (2015): *Canada and German Re-Unification*; <http://www.oralhistoryforum.ca/index.php/ohf/issue/view/51> (Oral History Forum/Canada).
- Cameron, Maxwell A. und Brian W. Tomlin (2000): *The Making of NAFTA: How the Deal Was Done*. Cornell University Press, Ithaca.
- Genscher, Hans-Dietrich (1995): *Erinnerungen*, Berlin.
- Heinbecker, Paul (2010): *Getting back in the Game. A Foreign Policy Playbook for Canada*, Toronto.

- Kshyk, Christopher: Dissent in the Eastern Bloc: An Examination of Mass Movements and Resistance in the GDR, Poland, CSSR, and the Baltic States, in: Karen Brglez, Alexander von Plato et al.: Canada and German Re-Unification; <http://www.oralhistoryforum.ca/index.php/ohf/issue/view/51> (Oral History Forum/Canada).
- Kotowicz, Amanda und Alexander von Plato (2015): France under President Mitterrand and German Unification, in: Karen Brglez, Alexander von Plato et al.: Canada and German Re-Unification; <http://www.oralhistoryforum.ca/index.php/ohf/issue/view/51> (Oral History Forum/Canada).
- Plato, Alexander von (2009): Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die internen Moskauer Protokolle, 3. Auflage, Berlin.
- Sarotte, Mary Elise (2009): 1989. The Struggle to Create Post-Cold War Europe, Princeton.
- Spence, Stephen (2015): Opportunities Missed by Gorbachev at the End of the Cold War, in: Karen Brglez, Alexander von Plato et al.: Canada and German Re-Unification; <http://www.oralhistoryforum.ca/index.php/ohf/issue/view/51> (Oral History Forum/Canada).
- Zalewski, Susanne und Alexander von Plato (2015): Great Britain under Margaret Thatcher and German Unification, in: Karen Brglez, Alexander von Plato et al.: Canada and German Re-Unification; <http://www.oralhistoryforum.ca/index.php/ohf/issue/view/51> (Oral History Forum/Canada).
- Zelikow, Philip und Condoleezza Rice (1997): Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin.

INTERVIEWS

- Lloyd Axworthy am 2. November 2012 in Winnipeg (Interviewer: Karen Brglez, Alexander von Plato).
- Bill Blaikie am 25. März 2013 in Winnipeg (Interviewer: Lauren Finkel, Christopher Kshyk, Suzanne Zaleski und Alexander von Plato).
- Bob Fowler am 18. März 2013 in Ottawa (Interviewer: Natalie Bartmes, Holly McElrea, Amanda Kotowicz und Alexander von Plato).
- Hans-Dietrich Genscher am 25. April 2001 in Lüdenscheid (Interviewer: Alexander von Plato).
- Paul Heinbecker am 21. Januar 2013 in Ottawa. (Interviewer: Karen Brglez, Chris Clements und Alexander von Plato).
- Hans-Jürgen Misselwitz am 6. Juni 2014 in Berlin (Interviewer: Alexander von Plato)
- John Noble am 25. Januar 2013 in Ottawa (Interviewer Chris Clements, Hayley Caldwell und Alexander von Plato).
- Condoleezza Rice am 17. September 1999 in Stanford (Interviewer: Alexander von Plato).
- Brent Scowcroft am 14. September 1999 in Washington (Interviewer: Alexander von Plato).